

Sperrfrist 18 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

G u t e n A b e n d ...

Sehr geehrte Zuhörende,

gerne beziehe ich in gebotener Kürze aus Sicht der Ratsfraktion der Freien Wähler Position zum vorliegenden Haushalt 2024.

Mein besonderer Gruß gilt Ihnen, Frau Müller.

Für Sie - und für uns - ist dies heute die erste Verabschiedung eines Haushaltes mit Ihnen als bestellte Oberbürgermeisterin der Stadt Rastatt.

Eingebracht hat den Haushaltsentwurf Ihr Vorgänger Hans Jürgen Pütsch im letzten November. Für Sie als neue Rathauschefin war die Zeit zu kurz, um dem Zahlenwerk noch eine eigene Prägung zu geben.

Dafür liegt der Haushaltsvollzug nun in Ihrer Verantwortung, gemeinsam mit dem Gemeinderat.

Personalsituation

Aufgrund unbesetzter Stellen in der Verwaltung ist es schwieriger geworden, die Fülle der Verwaltungsaufgaben zu bewältigen. Beschlossene Maßnahmen können wegen intern und extern fehlenden Fachkräften nicht immer planmäßig umgesetzt werden.

Bei der Stadtverwaltung beginnt Nachwuchsgewinnung im eigenen Haus: mit mehr Auszubildenden und steter Weiterqualifizierung. Was aber nicht mehr reicht.

Es bedarf bei der Besetzung der Führungspositionen von außen zusätzlicher Anreize , wozu neben dem Betriebsklima sicher auch die Eingruppierung und Sonderleistungen des Arbeitgebers gehören.

Effizientes Arbeiten

Die Verwaltung setzt pragmatisch auf Effizienz und Konzentration auf das Notwendige. Wünschenswertes muss warten.

Mit der Entscheidung „Was ist notwendig und was nur wünschenswert“ sollten die Gremien befasst werden, die das dem Bürger gegenüber auch verantworten müssen: Verwaltungsspitze und vom Stadtrat.

Arbeitskosten und deren Effizienz sind wichtig, werden doch rund ein Drittel der Haushaltmittel für Personalaufwendungen benötigt.

Der Blick auf den Verwaltungsapparat von außen in Form eines Organisationsgutachtens eröffnet neue Perspektiven . Nicht nur einzelne Prozesse, sondern die Verwaltungsstruktur insgesamt muss unter die Lupe genommen werden. Primäres Ziel ist für uns jedoch nicht die Einsparung sondern der effiziente Einsatz von Personal!

Die zeitnahe Erledigung ist ohne ordentliche Personalausstattung nicht zu bewältigen.

Selbst Stellenmehrungen sind aus unserer Sicht unabweisbar für mehr Schulsozialarbeit, für zusätzliche neue KiTa-Gruppen, für mehr vorschulische Sprachförderung, für ab 2026 verbindliche Ganztags-Grundschulangebote, für Seniorenarbeit und für die Unterstützung der kulturellen- und sportlichen Vereine. Nur Reiche können sich eine arme Stadt leisten!

Haushaltsdisziplin

„Rastatt lebt über seine Verhältnisse“ – so titelte eine Lokalzeitung ihren Bericht über die Haushaltsverabschiedung 2023. Diese Einschätzung teilen wir auch heute nicht!

Mit derzeit – laut Kämmerer – über 170 Mio € an liquiden Mitteln bewegen wir uns auf Rekordniveau. Damit verfügen wir über ein gutes Polster, denn konjunkturelle Risiken sind gerade in Krisenzeiten immer zu befürchten.

Anlässlich der Haushaltsberatung wird von der Kämmerei betont, dass in wenigen Jahren alle Rücklagen aufgebraucht sein würden. Auch von der zuletzt sprudelnden Gewerbesteuer würden ja hohe Anteile wieder zurückfließen... De facto bekamen wir dann doch an jedem Jahresende von Herrn Nachbauer die frohe Botschaft, dass sogar noch mehr als im Vorjahr auf der hohen Kante lag.

Das muss nicht so bleiben und wird uns nicht zum Leichtsinn verführen, Ausgabendisziplin bleibt angesagt.

Aber ein solches Polster gibt doch eine gewisse Sicherheit bei der Zustimmung zum Bau des Kombibads, der neuen Feuerwehrrhäuser, der Landesgartenschau –

Weniger attraktiv, aber genauso wichtig ist uns der Werterhalt städtischer Liegenschaften, wozu auch zukunftsichere Wärmeversorgung und Photovoltaik gehören.

Bei den beschlossenen kontinuierlichen Unterhaltungsmaßnahmen für unsere Gemeindestraßen haben wir Freie Wähler den Anspruch, dass dabei die Neuaufteilung des Straßenraums zugunsten schwächerer Verkehrsteilnehmer und die Verminderung der Lärmemission immer mitgedacht wird.

Stadtentwicklung

4

Rastatt ist attraktiv für Menschen aus dem Umland. Nicht umsonst ist hier die Situation auf dem Wohnungsmarkt mehr als angespannt. Wir müssen uns als Stadt stärker für mehr bezahlbaren Wohnraum engagieren. Dazu gehören neben der Ausweisung von geeigneten Flächen z.B. im Süden der Stadt auch gezielte Anreize zur Umsetzung von Geschossbauten, wenn möglich in Kooperation mit heimischen Investoren. Synergien sehen wir im Zusammenhang mit dem geplanten Zentralklinikum.

Das Rastatter Modell ist ausbaufähig, die bevorzugte Behandlung sozial Schwacher bei der Belegung ist anzustreben. Unsere bisherigen Konzepte, auch die von Bund und Land, reichen nicht aus, um den Wohnungsmangel nachhaltig zu beheben.

Unser Stadtbild wird geprägt durch das Flussbett der Murg. Klimawandel und Starkregenereignisse haben allen bewusst gemacht, wie gefährlich sie für die Innenstadt bei extremem Hochwasser werden kann. Der Hochwasserschutz muss verbessert werden, da sind sich alle einig.

In der Innenstadt sehen wir Probleme. Viele das Stadtbild prägende Bäume säumen seit Jahrhunderten den Murgdamm. Diese gilt es möglichst zu erhalten, trotz Dammerhöhung. Da ist neben Ingenieurskunst auch Kreativität gefordert. Guter Rat darf aus unserer Sicht hierfür durchaus teuer sein!

Grundsteuerreform

Einnahmen und Ausgaben des städtischen Haushaltes müssen auf Dauer gesehen im Gleichgewicht bleiben. Hebesätze für kommunale Steuern werden daher bei Bedarf den Anforderungen immer wieder angepasst. Was die neue Grundsteuerbemessung in BaWü ab 2025 betrifft, so plädieren wir – sofern das Gesetz die anhängigen Klagen übersteht, für Besonnenheit.

Der neue Gemeinderat wird sich, wenn alle erforderlichen Grundstücksbewertungen vorliegen, intensiv damit beschäftigen müssen, wie eine „aufkommensneutrale“ Hebesatzregelung aussehen könnte. Besonders der Umgang mit Härtefällen muss aus unserer Sicht geregelt werden.

Letztlich hat uns die grün-schwarze Landesregierung in Stuttgart dieses „Ei“ ins Nest gelegt. Wir, in den Kommunen, müssen es gegenüber den Bürgern ausbaden. Ob die Wähler das bis zur nächsten Landtagswahl vergessen haben?

Unterbringung Geflüchteter

...eine Pflichtaufgabe, der wir uns weder entziehen wollen noch können. Prognostiziert werden steigende Zahlen. Die Bundesregierung ist zuständig, wenn es um Fragen der grundsätzlichen Begrenzung von Zuwanderung geht. Wir vor Ort müssen die Personen menschenwürdig unterbringen, die uns zugeteilt werden.

Die Konzepte zur dezentralen Unterbringung liegen vor. Bei der Schaffung weiterer Kapazitäten ist der Dialog mit der Einwohnerschaft immer zu führen, bevor Baubeschlüsse fallen.

Doppelhaushalt

Bereits in der Vorberatung dieses Haushalts habe ich namens der Fraktion angeregt, die HH-Planung künftig vom einjährigen Zyklus auf einen zweijährigen umzustellen. Wer die zeitraubenden Arbeitsabläufe kennt, die jedes Jahr der Planerstellung vorgeschaltet sind, der weiß auch um die möglichen Einsparpotenziale.

Wir bitten die Verwaltung um Prüfung und darum, dem GR noch in diesem Jahr eine Entscheidungshilfe vorzulegen. So könnte bei entsprechendem Votum der erste Doppelhaushalt für 2026/27 vom neuen GRat eingebracht werden.

Schlusswort

Der Haushaltsplan insgesamt ist ein Vorhabenplan, hinterlegt mit Deckungsmitteln. Jede Planung birgt Risiken. In der Vergangenheit wurden Verwaltung und Gemeinderat fast immer mit völlig unerwarteten Krisen oder Problemen konfrontiert. Keiner hatte Covid 19 oder den furchtbaren Ukraine-Krieg auf dem Schirm.

Bei der Bewältigung solcher Situationen war und ist es hilfreich, im Gremium eine gemeinsame Wertebasis und eine demokratische Grundüberzeugung zu haben. Wir Freien Wähler sind keine Partei und fühlen uns keinem Parteiprogramm verpflichtet. An erster Stelle sehen wir das Wohl der Stadt/ihrer Einwohner. Das erleichtert Kompromisse vor Ort, auch in schwierigen Situationen.

Wir bedanken uns bei allen, die an der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs beteiligt gewesen sind für akribische Arbeit und für die geduldige Beantwortung aller diesbezüglichen Fragen.

Darüber hinaus gilt unser Dank allen Mitarbeitenden in sämtlichen Fachbereichen und Dienststellen der Stadt Rastatt. Ihr sachkundiger, engagierter und bürgerfreundlicher Einsatz formt das Erscheinungsbild der Stadtverwaltung positiv und ist Basis unseres gedeihlichen Miteinanders hier in unserer Heimatstadt.

Die FW-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in Gänze zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!